



## GANZTÄGIGE BETREUUNG AN SCHULEN (GBS)

# Wir mit uns

Unterschiedliche Interessen treffen aufeinander

So schnittig sich die GBS in Form von gebundener oder offener GTS auch anhören mag, hinter diesen Kürzeln steckt eine ganz vertrackte Auseinandersetzung um das bessere Modell in Hinblick auf eine Ganztagschule. Dass eine ganztägige Betreuung kommen soll, dafür hätten nicht nur die um Bildungsgerechtigkeit ringenden Organisationen, allen voran die Gewerkschaften, jahrelang gekämpft, sondern an diesem Erfolg seien auch große Teile des Arbeitgeberlagers beteiligt gewesen. Dies war die Auffassung des aus dem Bundesvorstand angereisten Vorstandsmitglieds Norbert Hocke zu Beginn der Veranstaltung der GEW am 14.4. zu den Gelin-

gensbedingungen einer ganztägigen Bildung und Betreuung an Schulen. Zwingt doch der prognostizierte Fachkräftemangel der kommenden Jahre die Arbeitgeber dazu, die Erwerbsquote zu steigern, so Hocke. Mehr Frauen ins Erwerbsleben zu bringen könne aber nur gelingen, wenn Arbeit und Familie durch die Bereitstellung ganztägiger Betreuungsangebote miteinander in Einklang zu bringen sind. Dies sei im föderalen System der Bundesrepublik ganz unterschiedlich auf den Weg gebracht worden. Bekanntermaßen sei die Betreuungsquote in den neuen Bundesländern sehr hoch; im Westen differiere sie extrem. Dabei seien die Einrichtungen

ganz unterschiedlich aufgestellt: von einer ganztägigen schulischen Betreuung aus einem Guss bis hin zu additiven Modellen unterschiedlichster Art. Dass dieser Flickenteppich existiere, so Hocke, sei Ergebnis der sogenannten Föderalismusreform. Der Bund dürfe zwar finanzielle Zuschüsse gewähren, eine inhaltliche Mitsprache sei ihm aber verwehrt. Ein Umstand, der dringend der Korrektur bedürfe.

### Lieber den Spatz in der Hand

Korrigiert werden müsse auch das nun von der Hamburger SPD mit viel Verve vorgetragene Konzept der ganztägigen Betreuung an Schulen (GBS). Es sei nicht einzusehen, so unser Vorsitzende Klaus Bullan, warum wir hinter den bereits erreichten Standard zurückfallen sollten. Und dieser sei eben eine Ganztageschule aus einem Guss (GTS), wie sie von einigen Gesamtschulen, jetzt Stadtteilschulen, seit Jahren bereits erfolgreich praktiziert

würde. Auch wenn das nun von der Bildungsbehörde favorisierte Modell einer additiven Betreuung hinter das Konzept der gebundenen Ganztagschule zurückfalle, biete es doch gegenüber der bisherigen Regelung zwei bedeutende Verbesserungen: Erstens gebe es nun in den Kernzeiten das Angebot einer gebührenfreien Bildung und Betreuung und zweitens gelte dieses Angebot für alle Familien, nicht wie bisher nur für die berufstätigen Eltern. So sei man, so Bullan weiter, seitens der GEW nicht ohne Kritik an diesem offenen Modell, stelle sich aber der Herausforderung und müsse nun sehen, dass die Arbeitsbedingungen aller an einer Ganztagschule Beschäftigten den Interessen

der Betroffenen nicht zuwider liefen.

Dass dies im Detail nicht einfach sei, machte unter anderem die angereiste Berliner GEW-Vorsitzende Doreen Siebernack deutlich. In Berlin existiere zwar das geschlossene Modell, die beteiligten Professionen – mit deutlich unterschiedlicher Bezahlung – machten das Geschäft aber nicht einfach. Trotz alledem sei diese Form der in Hamburg vorgesehenen „Billiglösung“ vorzuziehen.

### **Kröten schlucken angesagt**

Die Herausforderung einer offenen Ganztagschule, wie sie nun in Hamburg flächendeckend eingeführt wird, ist, die Nachmittags- und Ferienbetreuung

sowie Versorgung der Randstunden (Früh- und Spätschicht) organisatorisch so zu gestalten, dass die Horte als Kooperationspartner der Schulen ihren Mitarbeitern Arbeitsbedingungen anbieten können, die für diese noch zumutbar sind. Dies betrifft sowohl die Arbeitszeiten, von denen man sich vorstellen kann, dass sich bspw. Früh- und Spätschichten nur schwerlich zu einem gedeihlichen Konzept zusammenbringen lassen als auch die Aufgabenzuordnung, die, wenn sie nicht den Charakter eines Lückenbüßers tragen soll, sich noch im Nebulösen bewegt. So hört man bspw., dass ErzieherInnen vermehrt als Vertretungen erkrankter KollegInnen eingesetzt werden. Dass dies für die

Foto: hlz



**Ausreichende Ressourcen seien zur Verfügung gestellt worden, so Staatsrat Voges (2. v.l.). Verhaltene Reaktionen bei (v.l.n.r.): Martin Peters (Paritätischer Wohlfahrtsverband, Hamburg), Norbert Hocke (GEW Bundesvorstand), Doreen Siebernack (GEW Berlin), Jens Kastner (GEW Hamburg)**

Schulleitungen eine Verlockung darstellt, ist nachvollziehbar, aus der Sicht der Betroffenen, aber auch bildungspolitisch ist es nicht hinnehmbar.

Unklar auch, inwieweit ErzieherInnen und übriges pädagogisches Personal, das seitens der Horte dann in den Schulen tätig ist, in Entscheidungsprozesse der Schule eingebunden ist. Stehen sie außerhalb der LehrerInnenkonferenz oder werden sie zu gleichberechtigten Mitgliedern? Klar ist, dass man auf Augenhöhe miteinander zu tun haben will. Dies ist aber keineswegs gewährleistet, wenn allein die Schulleitung den Hut auf haben sollte.

### **Abschied vom lieb Gewonnenen**

Aber auch seitens der LehrerInnen kommen grundsätzliche Fragen auf. Inwieweit ist man bereit, zukünftig gegenüber dem tradierten flexiblen Arbeitszeitmodell – bis mittags unterrichten, den Rest in selbstbestimmter Form arbeiten – Zugeständnisse zu machen? Zwar mag eine längere Präsenzpflicht an der Schule manches objektiv verbessern – auch was den Stress des /der Einzelnen angeht –, trotzdem ist es legitim, den Erhalt des bisherigen Modells zu favorisieren. Schließlich ist man unter dieser Prämisse einmal angetreten.

Auch, was auf den ersten Blick vernünftig erscheint, nämlich die Doppelnutzung der Klassenräume durch die nachmittägliche Betreuung, ist auf den zweiten nicht immer einfach. Wenn moderne Pädagogik einen multiplen methodischen Ansatz verlangt, spiegelt sich dies in einer spezifischen Ausgestaltung und Ausstattung der Klassenräume wider. Von daher sind Vorbehalte betroffener KollegInnen nicht grundsätzlich Ausdruck von Besitzstandswahrung, sondern dienen der Verteidigung des oftmals mit viel Engagement aufgebauten Konzepts. Interessant,

dass durch einen Beitrag aus dem Publikum eines mit Schulbau beschäftigten Architekten die Bedenken zwar nicht ausgeräumt werden konnten, aber sich Einvernehmen andeutete, wenn gewährleistet sei, dass bei entsprechender finanzieller Unterfütterung in Bezug auf die baulichen Veränderungen Reibungsverluste durch Doppelnutzung der Räume verringert oder gar vermieden werden könnten.

### **Kooperation unabdingbar**

Dass es pädagogisch notwendig ist, dass die verschiedenen Professionen kooperieren, war für alle an der Diskussion Beteiligten selbstverständlich. Dass hierfür allerdings auch Arbeitszeit zur Verfügung gestellt werden müsse, sei dem Arbeitgeber noch nicht klar, so die einhellige Meinung. So weise weder die Lehrerarbeitszeitverordnung (AZM) diesbezüglich Zeiten aus noch sehen die bisherigen Beschreibungen der Arbeitsplätze für ErzieherInnen und SozialpädagogInnen solche Kooperationszeiten vor. Ohne diese Kooperationszeiten sei aber Ganztagschule, im Rahmen welchen Konzepts auch immer, nicht denkbar, so das Credo der Diskutanten.

### **Alles wird gut?**

Der zwischenzeitlich erschienene Staatsrat Voges von der Bildungsbehörde widersprach nicht, meinte aber, dass es ausreichend finanzielle Ressourcen gebe, um dies zu gewährleisten. So habe man mit den Spitzenvertretern der Sozialverbände, vertreten auf dem Podium durch Martin Peters, Vorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Hamburg, einvernehmlich etwas aushandeln können, das zwar nicht alle Wünsche berücksichtige, sich aber sehen lassen könne, so der Mann an der Behörden Spitze. Seiner Meinung nach sei damit ein gedeihliches Konzept auf den Weg gebracht

worden, das auf eine erfolgreiche Realisierung schließen ließe. Peters widersprach an dieser Stelle nicht, hatte aber im Vorhinein dem Auditorium deutlich gemacht, dass man gar keine andere Wahl gehabt habe, als dem Modell zuzustimmen, von dem man aber keinesfalls in Gänze überzeugt sei.

### **Soziale Schiefelage**

Skepsis gegenüber der optimistischen Sicht des Staatsrats äußerte Ronni Prieß, jugendpolitischer Sprecher der Linken. So seien durch die Antwort auf eine ‚Große Anfrage‘ seiner Partei in Hinblick auf die Implementierung des jetzigen Modells die Schwachstellen bereits deutlich geworden. Das Angebot in den Gebieten mit sozial schwieriger Klientel (KESS 1 und 2) sei nur schwach angenommen (um die 25 %), im Gegensatz zu so genannten besseren Stadtteilen, in denen die Erwartungen mit durchschnittlich um die 50 % (Ø 41 % landesweit) Beteiligung erfüllt worden seien. Dass in den Elbvororten die Quote ebenfalls nur gering sei, könne man in diesem Zusammenhang getrost vernachlässigen, da sich diese Klientel ohnehin von einem am Gemeinwohl orientierten Modell unabhängig mache. Prieß nachdrücklich: „Es bedarf einer dringenden Nachsteuerung in sozial benachteiligten Regionen der Stadt!“

Dass die Teilnahme an der Veranstaltung gemessen an der Zahl der Betroffenen nur gering war, müsse man wohl darauf zurückführen, so Jens Kastner als Moderator und Verantwortlicher des Kinder- und Jugendbereichs in der GEW, dass der Prozess der Umgestaltung in vollem Gange sei und vielen Betroffenen noch gar nicht klar sei, was da im einzelnen auf sie zukomme.

JOACHIM GEFFERS